

**Gegen die Standard Oil-Compagny.**  
Der Oberste Gerichtshof in Washington ordnete eine neue Verhandlung in der Angelegenheit der Standard Oil- und der American Tobacco Company an.

### Der Bauchtanz im Parlament.

Eine unerhörte Szene, die selbst in Amerika, dem Lande der gesellschaftlichen und politischen Ungeheuerlichkeiten, zu den Seltenheiten gehören dürfte, hat sich in Trenton, der Hauptstadt des amerikanischen Staates New-Jersey, abgespielt. In dem dortigen Kapitol, dem Parlamentsgebäude, fand die Schlußsitzung der Staatslegislatur statt. Spät abends versammelten sich auf den Galerien des Sitzungssaales eine Anzahl Dirnen. Sie mußten viele Freunde unter den Abgeordneten haben, denn man begrüßte sich gegenseitig, warf sich zuerst Blicke, dann aber konfessionierte sich. Es entwickelte sich bald eine regelrechte Karnevals-schlacht. Ein Teil der Abgeordneten hielt auf seinem Sitze nicht mehr aus. Sie luden die Damen in ein Komiteezimmer, wo der Sekt und der Whisky bald in Strömen flossen. Der Fußboden reichte schließlich nicht mehr aus, die Mädchen stiegen auf die Tische und produzierten den in den palatanten Häusern so beliebten Bauchtanz. Die angetrunkenen Staatsmänner lobten vor Begeisterung, und bald lag sich alles in den Armen. Bis zum Morgengrauen dauerte die Orgie. Abgeordnete und Weiber sah man beim Aufgehen der Sonne Arm in Arm die breiten Stufen des Kapitols heruntertaumeln.

### Deutscher Reichstag.

61. öffentliche Sitzung vom 12. April.

Das war am Dienstag ein Begrüßen und Händeschütteln im Reichstage, als ob man sich seit Jahren nicht gesehen hätte. Ueberall frohe und vergnügte Gesichter. Man erzählte sich, wie es daheim „bei Müttern“ gewesen sei, und freute sich nun, wieder einige Wochen zusammen in dem viel verklärteren Berlin zubringen zu können. Aber in den Becher der Wiedersehensfreude fällt gar schnell ein Trübsal-Berium. Der Präsident Graf Schwerin gedachte beim Beginn der Sitzung der verstorbenen Mitglieder Dr. Hermes und Dr. Delbrück. Nicht in der trockenen geschäftsmäßigen Art, wie man das vom Grafen Stollberg gewöhnt war. Er fand vielmehr warme, herzliche Töne, aus denen die menschliche Teilnahme mit dem furchtbaren Geschick hervorleuchtete. Schweigend hörte das Haus zu und ehrte das Andenken der Toten durch Erheben von dem Sitze.

Dann ging es gleich in die Arbeit hinein. Auf der Tagesordnung stand zunächst die erste Beratung des Gesetzentwurfes zur Ausführung der revidierten Berner Uebereinkunft zum Schutz von Werken der Kunst und Literatur. Der Staatssekretär des Reichsjustizamts empfahl die Vorlage. Leider kann er sich immer noch nicht an die Akustik des Hauses gewöhnen. Seine Stimme trug nicht und trug kaum über die ersten Reihen des Parterres hinaus. Ihm folgte der Herr Pfeiffer vom Zentrum, dem der Parlamentswirth den Namen „Kunstpfeiffer“ angehängt hat. Er wird in allen Fragen vorgeht, die Kunst und Wissenschaft betreffen und mag mit seiner freien Auffassung den echten Zentrumsherzen schon manches Aergernis bereitet haben. Selbstverständlich durfte in diesem Reigen auch Herr Müller-Meinungen nicht fehlen, der der trockenen Materie aber auch keine neuen Seiten abzugewinnen wußte, obwohl er seine Rede mit reichlichem literarischem Beiwerk verbrämte. Der Konservativ Dr. Wagner-Sachsen zog ihn sehr nett mit seinem „Preussentoller“ auf, blieb im übrigen aber streng sachlich und erklärt sich mit den Tendenzen des Entwurfes einverstanden. Ebenso der Nationalliberale Dr. Jund-Beipzig, der zwar einige Bedenken hatte, deren Erledigung aber der Kommission vorbehalten wollte. Nachdem noch Herr Diez für die Sozialdemokratie und Herr Hebermann von Sonnenberg für die Antisemiten gesprochen hatte, wurde der Entwurf an eine vierzehngliedrige Kommission geschickt.

Auch der Vorlage zur Cassation des Reichsgerichtes gab der Staatssekretär einige freundliche Begleitworte mit auf den Weg. Er sprach von der Rednertribüne aus, und um ihn hat sich ein kleiner Kreis von Sachverständigen versammelt, der seinen Worten mit Andacht lauschte. Sonst aber wies das Haus eine brechende Leere auf; außer den Juristen war fast kein Mensch im Saale. So klang denn der Beifall, der dem Redner zu Teil wurde, ziemlich dünn. Es fehlte wohl auch noch nach den langen Ferien die rechte Arbeitslust. Herr Bitter vom Zentrum hatte gegen das Diffamationsprinzip erhebliche Bedenken, während die Konservativen sich ihre Stellungnahme vorbehalten. Immerhin erkannte Herr Wagner an, daß das Reichsgericht augenblicklich vor einem Geschäftsbankrott stehe, da der jetzige Zustand beinahe an Rechtsverweigerung grenze. Dann hörte man sich noch Herrn Ablaß an, um gegen 1/2 7 Uhr die Sitzung abzubrechen.

Heute wird ein Schwerinstag eingeschoben.

### Sächsischer Landtag.

Erste Kammer.

28. öffentliche Sitzung vom 12. April.

In der Ersten Kammer, wo auch Prinz Johann Georg zugegen war, gab es eine kleine Sensation, als während des Vortrages der Registranten durch den Grafen zur Lippe ein augenscheinlich schwerhöriger Tribünenbesucher ein „Lauter, lauter!“ in den Saal hinunterrief. Ueber die Statkapitel der staatlichen Berg- und Hüttenwerke zu Freiberg erstattete Oberbürgermeister Dr. Dittich den Bericht. Er wünschte mehr kaufmännischen Geist in diesen Betrieben und die Vermeidung der Aufnahme von Spezialfragen in den Etat. Finanzminister Dr. v. Rüger sagte eine Verfolgung der geäußerten Wünsche zu. Der Etat fand Genehmigung, ebenso debattelos Titel 2 des außerordentlichen Etats, betreffend Arealerwerbungen, worüber Egg. D. Mehnert den Bericht erstattete. Beim

Statkapitel der Oberrechnungskammer (Berichterstatter Mitterguthsberger Dr. v. Wächter) regte Oberbürgermeister Dr. Beutler in Verbindung mit den Vereinsführungsbestrebungen einen Ausbau des Rechnungswesens nach dem Muster der in der Industrie und bei großen Gesellschaften herrschenden Gepflogenheit an. Auch dieses Kapitel wurde genehmigt. Dann beschäftigte sich die Kammer mit einer Anzahl Eisenbahnangelegenheiten und ließ zum Schluß die Petition des vormaligen Werkstättenarbeiters Oswald Schwenker in Leipzig-Stötteritz und Genossen wegen ihrer plötzlichen Entlassung in den Eisenbahn-Werkstätten zu Leipzig-Eugelsdorf debattelos auf sich beruhen.

Die nächste Sitzung findet morgen statt.

### Zweite Kammer.

59. öffentliche Sitzung vom 12. April.

In der zweiten Kammer deuteten alle äußeren Anzeichen auf Sturm hin. Die sozialdemokratische Interpellation wegen der plötzlichen Entlassung von 13 Eisenbahnwerkstättenarbeitern in Chemnitz wegen deren Anteilnahme an einer Eisenbahner-Versammlung stand auf der Tagesordnung. Die öffentlichen Tribünen waren „ausverkauft“; Kopf an Kopf drängten sich dort die Zuhörer und verwandten kein Auge von dem „roten Quadrat“ im Hause, wo man besonders erregt zu sein schien. Auch die Damen- und Regierungstribünen waren überfüllt; auf letzterer saßen hauptsächlich die Mitglieder des Chemnitzer Eisenbahnbetriebsamtes. Das Haus war gut besetzt, an den Regierungstischen hatte Finanzminister Dr. v. Rüger mit einem Stabe seiner Räte Platz genommen. Die Begründung der Interpellation hatte der Abg. Sindermann übernommen, der vom Berichterstatterplatz aus, angesichts der öffentlichen Tribüne, sich demühte, der Regierung das Ungelegliche ihres Verhaltens gegenüber den entlassenen Bahnarbeitern nachzuweisen. Die Antwort der Regierung erteilte Finanzminister Dr. v. Rüger, der mit deutlicherer Stimme als sonst das Vorgehen der Staatsbahnverwaltung in dem vorliegenden Falle rechtfertigte. Die fragliche Versammlung in Chemnitz sei für die Eisenbahnarbeiter verboten worden, weil für den Transportarbeiter-Verband Stimmung gemacht werden sollte, dessen Mitgliedschaft durch Eisenbahnarbeiter die Staatsbahnverwaltung keinesfalls dulden könne. Gegen den an den Tag gelegten direkten Ansehensvorfall blieb der Verwaltung nichts weiter übrig als die Entlassung, die im Interesse der Autorität und der Aufrechterhaltung der Disziplin notwendig war. Während der Rede des Finanzministers herrschte zeitweise lebhafter Unruhe und mancherlei Zwischenrufe von der äußersten Linken wurden laut. Präsident Dr. Vogel stellte fest, daß der Zuruf „Pöbel“ gefallen sei. Die Sozialdemokraten Vanger-Chemnitz und Keimling-Beipzig riefen pathetisch, daß sie die Zwischenrufer seien, aber keine Veranlassung hätten, den Ruf zurückzunehmen. Jeder von ihnen erhielt den Ordnungsruf. Nachdem die Kammer die Besprechung der Interpellation beschlossen hatte, erklärte im Namen der Nationalliberalen Abg. Dr. Meißhammer, daß seine Partei nach Prüfung der Angelegenheit keine Veranlassung habe, sich gegen das Vorgehen der Regierung auszusprechen. In demselben Sinne äußerte sich Vizepräsident Pyth im Namen der Konservativen. Der freisinnige Abg. Dr. Roth bezeichnete es als ungeleglich, wenn die Regierung bedormend eingreift und Versammlungen verbietet, die ihr nicht genehm sind. Nach der Auffassung des Abg. Dr. Böhm lag keine Verletzung des Vereins- und Versammlungsrechtes vor. Abg. Brodauf erklärte, daß die Freisinnigen sich völlig der sozialdemokratischen Interpellation anschließen. Ein neuer sozialdemokratischer Redner, der Abg. Fleißner, schlug noch schärfere Töne an als seine Gefinnungsgenossen, um der Regierung am Zeuge zu stehen. Große Heiterkeit entstand, als der Minister den Saal verließ und der Redner ihm nachrief: Wenn der Finanzminister ausreicht, so ist das seine Sache! Der Präsident rügte diesen Ausdruck, als auch schon der Minister zurückkehrte. Er war nicht vor Fleißner ausgerissen, sondern hatte nur ein unterzeichnetes Aktenheft hinausgetragen. An der weiteren Debatte beteiligten sich noch die Abg. Dr. Spieß, Heitner, Dr. Dietel und Sindermann. Auch der Finanzminister nahm nochmals das Wort, um unter dem Beifall der bürgerlichen Parteien zu verkündigen, daß eine Vorlage über Gewährung von 1 1/2 Millionen Mark zur Aufbesserung der Lohn- und Pensionsverhältnisse der Eisenbahnarbeiter dem Landtage noch zugehen werde. Abgeordneter Helbt, der den Zuruf „Zuckerpeitsche“ gebraucht, erhielt einen Ordnungsruf. Damit erreichte die Besprechung nach vierzehnstündiger Dauer ihr Ende.

Dann wandte das Haus sich der weiteren Erledigung der Tagesordnung zu, auf der noch sechs Beratungsgegenstände verzeichnet standen. Bei Beratung der Forderungen des außerordentlichen Etats für Einrichtung zur Erfüllung der reichsgesetzlichen Sicherheitsvorschriften im Bahnbetriebe, worüber Abg. Illge berichtete, fragte Abg. Dürr unter Bezugnahme auf das große Mülheimer Eisenbahnunglück, wie es mit ausreichenden Sicherheits-einrichtungen in Sachsen stehe. Geh. Ratrat Ulbricht antwortete. Die übrigen Gegenstände betrafen Petitionen in Eisenbahnangelegenheiten, die antragsgemäß verabschiedet wurden.

Am Donnerstag steht der Etat des Ministeriums des Innern zur Beratung.

### Aus Stadt und Land.

Mitteilungen aus dem Bezirke für diese Rubrik nehmen wir jederzeit dankbar entgegen.

Wilsdruff, den 13. April.

Die Jugend und die Kirche. Nun sind schon ein paar Wochen ins Land gegangen seit der Konfirmation, und die jungen Menschenkinder, die so feierlich gemeinsam ihren christlichen Glauben bekennen, haben sich nach allen Himmelsrichtungen zerstreut. Wohl denen, die auch in der Fremde eine Art Heimat finden bei rechtschaffenen, ordentlichen Leuten, die ein praktisches Christentum pflegen. Ein gut christlich-kirchliches Beispiel ist in diesen Jahren ungemein viel. Die Jugend ist ja für alles mögliche so leicht empfänglich. Sie

ist, wie Goethe sagt, „Trunkenheit ohne Wein“. Wird ihr das kirchliche Verpöbeln und verachtet, dann kann sie leicht in einen leidenschaftlichen Haß gegen alle kirchliche Einrichtungen geraten, und das häßlichste oft ein ganzes Leben an. Eine unfröhliche Jugend, mit hochem Bewusstsein und Dogma, mit kirchlicher Sonn- und Feiertags und mit Gleichgültigkeit gegenüber förmlichen kirchlichen Liebeswerken, das scheint heute fast das Normale zu sein. Tausende und aber Tausende von denen, die am Konfirmationsaltare ein feierliches Treuebekenntnis geloben, gehen verhältnismäßig bald auf kirchenfeindlichen oder doch kirchenfernen Wegen. Und nur allzuoft läuft da die Linie so: Entkirchlichung — Entchristlichung — Entsittlichung. Man spricht von einer Verrohung der Jugend und die Kriminalstatistik der „Jugendlichen“ redet ihre eigene, tief erschütternde Sprache. Es ist nicht Herrschucht oder Gefallen am fortwährenden Wachsen und Gelingen, es ist eine warmherzige Liebe zur Jugend, wenn die Kirche immer wieder bemüht ist, die Konfirmanden zu sammeln und in ihrem Christentum zu festigen. Früher gab es dabei auch Zucht- und Zwangsmaßnahmen. Manche alte Kirchenordnung und Visitationsschrift verweist auf die „Ampfente“, die den Ungehorsam und die Nachlässigkeit in Sachen kirchlicher Verpflichtungen exemplarisch bestrafen sollen. Man denkt heute anders. Man will keine erzwungene Korrektheit. Beweis, es ist gut protestantisch gedacht, wenn man den Wert einer freien Herzenshingabe an das Evangelium betont. Gleichwohl, die neukonfirmierte Jugend braucht noch viel kräftige Erziehung. Auch eine straffe, sittemäßige Gewöhnung zum kirchlichen kann ihr nur dienlich sein. Man halte sie an, die kirchlichen Unterredungen regelmäßig zu besuchen. Man wehre nicht die Teilnahme an den Jünglings- und Jungfrauenvereinen, die sehr zu Unrecht von Nichtkonfirmanden belächelt werden; diese Vereinigungen betonen ein entschiedenes kirchliches, dabei aber sehr weltvolles und weltlich christliches Christentum. Auch die Vereine christlicher junger Männer mit ihren vielen allgemein nützlichen Veranstaltungen und welche Bestrebungen es sonst noch sein mögen, die der Jugend in einem gut kirchlichen Sinne dienen möchten, sie alle sollten von Freunden der Jugend und des Volkes recht eifrig unterstützt werden. Man sagt es so oft: Wer die Jugend hat, der hat die Zukunft. Auch die Kirche muß mit solchem Gedanken rechnen. Ist ihr doch naturgemäß daran gelegen, lebendige Gemeinden zu bekommen; und wer es gewohnt war, von Jugend auf dem kirchlichen Leben nahe zu stehen, der wird auch in späteren Jahren ein treues christlich-kirchliches Bekenntnis recht würdigen und selber leben. . .

Am Donnerstag, den 14. April finden in den Morgenstunden internationale wissenschaftliche Ballonaufstiege statt. Es steigen Drachen, bemannte oder unbemannte Ballons in den weissen Hauptstädten Europas auf. Der Findex eines jeden unbemannten Ballons erhält eine Belohnung, wenn er der jedem Ballon beigegebenen Instruktion gemäß den Ballon und die Instrumente sorgfältig birat und an die angegebene Adresse sofort telegraphische Nachricht sendet.

Endlich ist er gekommen, der von so vielen gewünschte — Steuerzettel und hat gar manchem eine arge Enttäuschung infosern gebracht, als Staat und Gemeinde eine gar zu hohe Meinung von dem Steuerzahler hatten und ihn demzufolge auch nach seiner Ansicht etwas zu hoch einschätzten. Damit sich nun jeder über die seinem Einkommen nach zu zahlenden Steuern orientieren kann, lassen wir nachstehend die Steuerkala für die Staatseinkommensteuer folgen. Es sind zu zahlen in Klasse:

bei einem Einkommen:		
1a von über	400 bis 500 Mark	1 Mark
1	500	2
2	600	3
3	700	4
4	800	5
5	900	6
6	1100	10
7	1250	13
8	1400	16
9	1600	20
10	1900	26
11	2200	36
12	2500	46
13	2800	56
14	3100	67
15	3400	78
16	3700	90
17	4000	105
18	4300	120
19	4600	140
20	5000	160
21	5300	180
22	5800	200
23	6300	221
24	6800	242
25	7300	263
26	7800	285
27	8300	307
28	8800	330
29	9400	354
30	10000	380

Deutsche Reformpartei im Königreich Sachsen. Am Sonntag fand im Saale der „Sonne“ zu Meissen eine von den Reformvereinen Sachsens stark besuchte Vertrauensmänner-Versammlung statt, die sich in der Hauptsache mit den künftigen Reichstagswahlen beschäftigte. An Stelle des erkrankten Vorsitzenden der Partei, Herrn Reichstagsabgeordneten Zimmermann, übernahm Herr Kaufmann Schumann den Vorsitz. Den Beratungen ging ein Vortrag des Herrn Landwirtschaftslehre's Feller-Meißner über die historischen Grundlagen der politischen Parteien voraus. In der Aussprache über die anregenden Ausführungen des Redners wurde von sämtlichen Parteigenossen der Gründung einer mittelständischen Genossenschaftsbank das Wort geredet, wenn auch anerkannt wurde, daß der Prozeß der Auffassung der kleinen Banken durch die Großbanken nicht aufzuhalten sei. Jetzt trage auch der kleine Geschäftsmann sein Geld in die großen Bankhäuser, die dann Millionen an die Warenhäuser, die größten Feinde des Mittelstandes, ausliehen. Sehr eingehend wurden alsdann die politischen Verhältnisse in den 23 sächsischen Reichstagswahlkreisen besprochen. Die meisten Obmänner berichteten von Wandlungen der politischen Anschauungen im Volke infolge der unerquicklichen Verhältnisse im sächsischen Landtage. Nach Schluß der Aussprache stimmte die Versammlung folgenden Resolution zu: „Die Vertrauensmänner-Versammlung der Deutschen Reformpartei vom 10. April in Meissen“